

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1986

hier: Einzelplan 25

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau**

— Drucksachen 10/3700 Anlage, 10/4169, 10/4180 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen mit dem Ziel, speziell in Gemeinden mit besonders hoher Arbeitslosigkeit durch Förderung mit Zuschüssen und Darlehen erforderliche Maßnahmen der Stadterneuerung und Stadtökologie (z. B. Instandsetzung und Modernisierung von Gebäuden, Verkehrsberuhigung, Wohnumfeldverbesserung, Anbau, Umbau und Neubau) zusätzlich zu ermöglichen und damit Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

Die Förderung soll 1986 in Arbeitsamtsbereichen mit Arbeitslosigkeit von 12 % und mehr (Jahresdurchschnitt 1984) von Gemeinden in Anspruch genommen werden können.

Bonn, den 25. November 1985

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit fehlt es an Geld, um durch Maßnahmen der Stadterneuerung und Stadtökologie zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Hoch- und Tiefbau beizutragen.

Die bisherigen Programme und steuerlichen Regelungen im Bereich Wohnungs- und Städtebau nehmen in keiner Weise Rücksicht auf die besonders schwierige und sich verschärfende Situation der Gemeinden mit besonders hoher Arbeitslosigkeit. Es gibt

auch in diesen Gemeinden einen großen Bedarf an Maßnahmen der Stadterneuerung und Stadtökologie. Sie können nur von den Gemeinden selbst initiiert werden.

Das raumordnerische Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Landesteilen zu gewährleisten, verlangt einen Einsatz öffentlicher Mittel, der sich arbeitsamtsbereichgebunden an der Höhe der Arbeitslosigkeit orientiert.